

Selbstverständnis des „Bremer Bündnis Verkehrswende“, 11. Jan. 2021

1. Präambel und Aufgabe des Bündnisses

Das **Bremer Bündnis Verkehrswende** ist ein Zusammenschluss von verkehrspolitisch aktiven Verbänden und Initiativen. Gemeinsam verfolgt das Bündnis das Leitbild der „Lebenswerten Stadt Bremen“. Damit ist eine Stadt gemeint, die zuallererst den Bedürfnissen und Erfordernissen ihrer Bewohner*innen dienen soll. Eine zukunftsfähige, lebens- und menschengerechte Stadt ist untrennbar mit Klimaschutz, Aufenthaltsqualität und Sicherheit im öffentlichen Raum sowie sozialer Gerechtigkeit verbunden.

Daher setzen wir uns als Bündnis für eine Stadt ein, in der sich Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts und jeder Herkunft wohl und sicher fühlen können. Dazu gehören saubere Luft, Ruhe und ein Ambiente, das zu Aufenthalt und aktiver Bewegung im Freien animiert. Wir wollen eine soziale Stadt, in der es einladende Begegnungs- und Aufenthaltsräume für Menschen gibt und in der sich auch Kinder, Ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen gefahrlos und barrierearm bewegen können. Als Beitrag zum Klimaschutz für künftige Generationen fordern wir eine nachhaltige Verkehrspolitik mit einer deutlichen Reduktion aller negativen Umweltbelastungen.

Das **Bremer Bündnis Verkehrswende** strebt die Schaffung einer gemeinsamen Basis für die verbands- und verkehrspolitische Arbeit an: gegenseitige Unterstützung bei der Erarbeitung von fachlicher Expertise, die Abstimmung von Positionen sowie gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit über Presse, Publikationen und Aktionen.

Dabei handelt das Bündnis stets parteipolitisch neutral und verbandsübergreifend im Sinne des gemeinsamen Leitbilds.

2. Unsere Ziele

Menschen wollen und müssen ihre Ziele in der Stadt einfach, schnell, sicher und komfortabel erreichen können. Um das Leitbild der „Lebenswerten Stadt Bremen“ zu erreichen, muss diese Mobilität aber vorrangig mit anderen Verkehrsmitteln als dem Auto sichergestellt werden.

Daher setzt sich das Bündnis Verkehrswende Bremen ein

- für die **Verbesserung der Aufenthaltsqualität an öffentlichen Orten:**

Die Innenstadt und die Quartiere sind Wohnort und Begegnungsraum für die Menschen. Das ist für das soziale Miteinander in einer Stadt gut, und es hat auch positive Aspekte für Einzelhandel und Gastronomie, wenn sich Menschen länger und lieber im öffentlichen Raum aufhalten.

- für eine **selbstbestimmte, barrierearme, sichere und komfortable Mobilität** aller Menschen unabhängig vom Auto:

Menschen aller Altersgruppen, ob mit oder ohne Einschränkungen, sollen sich als Fußgänger*innen und Radfahrende frei und sicher in der Stadt bewegen können. Selbstbestimmte Mobilität ist eine Frage der Teilhabe und der Inklusion und muss daher Leitlinie der Verkehrsplanung sein.

- für die verbindliche **Einführung von „Vision Zero“** als oberstem Ziel der Verkehrsplanung: „Vision Zero“, also Mobilität ohne Tote im Straßenverkehr, muss höchste Priorität haben vor der „Flüssigkeit des Autoverkehrs“. Insbesondere die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen brauchen zu ihrem Schutz eine fehlerverzeihende Verkehrsinfrastruktur.

- für die **Förderung des Umweltverbundes:**

Der sofortige Ausbau und die gute Verknüpfung der Verkehrsarten Öffentlicher Nahverkehr,

Radverkehr und Fußverkehr ist sowohl unter Klimagesichtspunkten als auch unter sozialen Aspekten für eine „Lebenswerte Stadt Bremen“ dringend erforderlich. Nur so erreicht die Stadt einen zukunftsfähigen und klimagerechten Mobilitätsmix.

- für einen **bewussten Umgang mit der knappen Ressource öffentlicher Raum**: Dieser soll zugunsten des Umweltverbundes und der Aufenthaltsqualität weitgehend freigehalten werden durch kontinuierliche Verringerung der Kfz-Parkflächen.

- für ein **Umsteuern von Mobilität zur Erreichung der Klimaziele**:

Der Platz in einer Stadt ist begrenzt, doch durch Verringerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) wird Platz geschaffen für die Mobilität im Umweltverbund.

Doch seit Jahren ist das Gegenteil zu beobachten: Immer mehr Autos in Bremen - und diese Kraftfahrzeuge werden immer größer, breiter, stärker motorisiert und schwerer. Sie fahren und stehen in der Stadt und nehmen den Menschen den Raum.

Um die Klimaziele zu erreichen, den nötigen Raum für den Umweltverbund zu schaffen und die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen, muss die Anzahl der in Bremen gemeldeten Kfz mindestens um 2/3 verringert werden auf 150 Kfz pro 1.000 Einwohner*innen (so auch die Forderung in einer Studie des Umweltbundesamtes).

- für eine **autofreie Innenstadt** im Umfang der heutigen Umweltzone und das Bewirtschaften des Parkens in den Quartieren als erste entschiedene Schritte auf diesem Weg.

3. Maßnahmen zur Erreichung der Verkehrswende

Um die Ziele des Bündnisses zu erreichen, müssen die wirksamsten und praktikabelsten Maßnahmen ermittelt werden. Studien sowie die Erfahrungen aus anderen Städten und Ländern haben gezeigt, dass eine Kombination aus PUSH & PULL-Maßnahmen dabei am effektivsten ist. PULL-Maßnahmen dienen als Angebot, als Erleichterung des Umstiegs auf die Verkehrsmittel des Umweltverbunds aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Diese Fortbewegungsarten sind zu fördern. Gleichzeitig sind PUSH-Maßnahmen dazu geeignet, die in den letzten Jahrzehnten vorgenommene Subventionierung des MIV abzubauen. Eine lebenswerte Stadt für alle Menschen erfordert mehr autofreien Raum für den Fuß- und Radverkehr.

Das Arbeitsfeld des Bündnisses umfasst u.a. die Analyse und Bearbeitung neuer Verkehrskonzepte, bei denen der Mensch im Mittelpunkt steht:

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Dieses Bedürfnis darf aber nicht länger vorrangig auf Auto-Mobilität abgestellt werden. Im Sinne einer lebenswerten, sozial gerechten und klimafreundlichen Stadt sind vor allen Dingen umweltfreundliche, ressourcensparende und menschengerechte Mobilitätsarten zu bevorzugen. Diese sind der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr sowie das Car-Sharing.

Um eine Umsteuerung der Mobilität zu ermöglichen bedarf es:

- der Schaffung autofreier Zonen – Menschen brauchen Platz zum Spaziergehen und einladende Räume und Plätze zum Aufenthalt in der Stadt.
- eines flächendeckenden Parkraumkonzepts für ganz Bremen. Dies beinhaltet ein stadtweites Parkraummanagement und die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung.
- der Durchsetzung einer allgemeinen Entschleunigung mit 30 km/h als Regelgeschwindigkeit.
- der Schaffung eines ausgebauten ÖPNV, der den Großteil der derzeitigen Mittelstrecken-Autofahrten (5 - 30 Kilometer) ersetzen kann.
- einer Umverteilung des Straßenraums mit mehr Platz für Radverkehr durch die Umwandlung von Fahrstreifen in eine sichere Radinfrastruktur, d.h. möglichst getrennte und geschützte Radwege.
- der Einführung weiterer modaler Filter zur Einschränkung des Kfz-Durchgangsverkehrs.

Das Bündnis setzt sich mit den o.g. Arbeitsfeldern nicht nur für eine autofreie Innenstadt ein, sondern auch für stadtweit möglichst autoarme Quartiere. Dafür bedarf es einer Gesamtkonzeption auf Grundlage eines Zirkulationsplanes.

4. "Interne" Prozesse, Strukturen

Mitglieder

Das Bündnis besteht aus den fünf Verbänden ADFC, BUND, Einfach Einsteigen, Fuß e.V. und VCD sowie Personen aus Initiativen und Einzelpersonen. Alle, die unser Selbstverständnis teilen, sind eingeladen, sich tatkräftig in die gemeinsame Arbeit einzubringen.

Plenum

Das Plenum ist das Diskussions-, Arbeits- und Entscheidungsgremium des Bündnisses.

Dort werden Informationen ausgetauscht, Vorschläge für Arbeitsfelder gemacht und konkrete Aufgaben bearbeitet. Die Teilnehmer*innen des Plenums bringen sich aktiv in die gemeinsame Arbeit ein:

- **Verbandsvertreter*innen:** idealerweise Vorstandsmitglieder, ausgestattet mit klarem Mandat.
- **Personen aus Initiativen und Einzelpersonen.** Im Interesse der guten Wirksamkeit erfolgt die Teilnahme am Plenum weitestgehend regelmäßig.

Das Plenum berät und entscheidet über Aussagen, die im Namen des „Bremer Bündnis Verkehrswende (BBV)“ nach außen gerichtet sind. Solcherart Aussagen dürfen nur unter der Voraussetzung im Namen des Bündnisses erfolgen, dass alle Verbandsvertreter*innen dem aktiv zugestimmt haben. Dies umfasst u.a. Presseerklärungen, Stellungnahmen, Flyer und Broschüren sowie Aktionen und Veranstaltungen.

Selbstverständlich steht es jedem Mitglied frei, als Verband, Initiative oder Einzelperson eigene Aussagen alleine oder gemeinsam mit anderen zu treffen - dann aber natürlich nicht im Namen des Bündnisses.

Eine offizielle Sprecher*in des Bündnisses kann themen-/situationsbezogen durch das Plenum bestimmt werden.

Das Plenum tagt monatlich (Präsenz- oder Online). Zur guten Information aller werden die Plenumssitzungen protokolliert. Gegen Ende jeder Sitzung wird für die folgende Sitzung eingeladen und die Moderator*in sowie die Protokollant*in der folgenden Sitzung benannt. Letztere/r entwirft auch die TO und verschickt sie eine Woche vor der nächsten Sitzung.

Arbeitsgruppen

- können aus dem Plenum heraus eingerichtet werden, wenn ein Thema / ein Arbeitsfeld / eine Aktion als interessant, zielführend und verfolgenswert angesehen wird.
- können sich spontan und außerhalb des Plenums bilden.

Erweiterung des Bündnisses, Ausschluss

- Ein Mitglied des Plenums kann von der Mitarbeit im Bündnis ausgeschlossen werden. Diese Entscheidung erfolgt nach der oben unter „Plenum“ beschriebenen Regel.
- Eine Erweiterung des Bündnisses um ggf. weitere Verbände erfordert die aktive Zustimmung aller Verbandsvertreter*innen.

Grundhaltung der Mitglieder des Bündnisses

- Wir teilen das niedergelegte Selbstverständnis.
- Wir nehmen aktiv am Arbeitsprozess teil.
- Wir gehen wertschätzend miteinander um und tragen Meinungsverschiedenheiten sachlich-argumentativ aus.